

**Protokoll****Sitzung des Landesrundfunkrats Rheinland-Pfalz des SWR**

8. November 2024, 10.00 – 12:32 Uhr  
SWR Funkhaus Mainz, Am Fort Gonsenheim 139,  
55122 Mainz, Sitzungssaal 0801-04

---

**Anwesende Gremienmitglieder**

Alt, Dr. Denis  
Bill, Gisela  
Blatzheim-Roegler, Jutta, MdL  
Blug, Michael  
Demuth, Ellen, MdL (Zuschaltung)  
Ganster, Dr. Susanne  
Haller, Martin, MdL  
Holdinghausen, Michael  
Lenz, Lilli  
Mieder, Johanna  
Mierswa, Beate  
Muscheid, Dietmar  
Nohr, René  
Obermann, Anja  
Palm, Christof  
Tüchter, Ilja Alexander  
Ullrich, Dr. Hans Günther  
Wambsganß, Ilse  
Wingertzahn, Susanne (*Vorsitzende*)  
Wüst, Dorothee

**Entschuldigt**

Baldauf, Christian, MdL  
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine, MdL  
Delfeld, Jacques  
Günster, Dr. Engelbert  
Mätzig, Michael  
Reibsch, Reinhard  
Steinberg, Volker  
Tacke, Karsten

**Anwesend vom SWR (GL)**

Büttner, Jan  
Fiebig, Ulla  
Gniffke, Prof. Dr. Kai  
Pieper, Dr. Frauke (bis 11 Uhr)

**Anwesend von PR, BfC**

Hangen, Andreas  
Valentiner-Branth, Andrea  
Zimmer, Ute (BfC)

**Anwesend vom SWR**

Barth, Stefanie  
Dudek, Günther  
Gruhler, Jürgen  
Höbermann, Beate  
Mellino, Monica  
Richter, Lena  
Schepp, Elvira  
Schöffel, Elena  
Scholz, Dorin  
Weckmann, Anja  
Wied, Kerstin  
Zeitz, Kilian

**Protokoll**

Ewald, Matilda

## TOP 1 Begrüßung

**Die Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Landesrundfunkrats Rheinland-Pfalz.

Sie begrüßt die Anwesenden des SWR, namentlich den Intendanten, **Herrn Prof. Gniffke**, den Verwaltungsdirektor, **Herrn Büttner**, sowie die Landessenderdirektorin, **Frau Fiebig**.

Weiterhin begrüßt sie **Frau Barth**, Hauptabteilungsleiterin Finanzen, **Frau Höbermann**, Hauptabteilungsleiterin Info, Aktuelles und Radio, **Frau Mellino**, Hauptabteilungsleiterin für Zentrale Entwicklung und Regionen, sowie **Herrn Dudek**, Hauptabteilungsleiter Land und Leute.

Außerdem begrüßt sie **Frau Demuth** und **Herrn Baldauf**, die remote der Sitzung beiwohnen und die Vertreter des Personalrats **Herrn Hangen** und **Frau Mierswa**, sowie die Beauftragte für Chancengleichheit **Frau Zimmer**.

**Frau Wingertszahn** heißt zudem erstmals **Frau Wied**, die neue Leiterin der Intendanz, sowie **Frau Ewald**, Referentin der Gremiengeschäftsstelle, willkommen.

**Frau Wingertszahn** gibt einige organisatorische Hinweise. Zudem weist sie darauf hin, dass die Sitzung SWR-intern für interessierte Mitarbeitende per Livestream übertragen werde.

Weiterhin erläutert **Frau Wingertszahn**, dass der Landesrundfunkrat beschlussfähig sei, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden seien und mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sei. Zur Sitzung des Landesrundfunkrats sei unter Angabe der Tagesordnung mit Schreiben vom 24. Oktober 2024 unter Einhaltung einer Frist von 14 Tagen eingeladen worden. Der Landesrundfunkrat habe 28 Mitglieder. Davon müssten mindestens 14 Personen anwesend sein, sodass die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Dies sei der Fall.

Bevor mit der Tagesordnung fortgeführt wird, erteilt die **Vorsitzende** Frau Mieder das Wort. **Frau Mieder** sei erstmals im Landesrundfunkrat anwesend und in der gestrigen Sitzung des Landesprogrammausschusses zur zweiten Vorsitzenden gewählt worden.

Frau Mieder stellt sich vor.

## TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Landesrundfunkrats Rheinland-Pfalz am 21. Juni 2024

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

## TOP 3 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

**TOP 4 Bericht der Vorsitzenden**

**Frau Wingertszahn** kommt auf den Reformstaatsvertrag zu sprechen und hebt hervor, dass dieses Thema allgegenwärtig sei und eine Vielzahl von Bereichen umfasse. Die SWR-Gremien hätten die Gelegenheit genutzt, im Anhörungsprozess eine Stellungnahme zum Entwurf abzugeben. In der Ministerpräsidentenkonferenz am 25. Oktober 2024 sei der Entwurf inhaltlich konsentiert worden, und nun gelte es, mit dem Ergebnis umzugehen. In der gestrigen Sitzung des Landesprogrammausschusses sei das Thema ausführlich besprochen worden und die Vorsitzende werde dazu berichten.

Der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag wurde hingegen nicht beschlossen, was große Herausforderungen für den SWR und alle Beteiligten mit sich bringe. Der SWR-Staatsvertrag werde derzeit überarbeitet und seine Auswirkungen auf die Arbeit der Gremien seien noch nicht abschließend abzusehen. Es sei jedoch davon auszugehen, dass der SWR-Staatsvertrag die kommenden Sitzungen prägen werde.

**TOP 5 Bericht aus dem Landesprogrammausschuss**

**Frau Bill** führt aus, dass zunächst die stellvertretende Vorsitzende des Landesprogrammausschusses gewählt worden sei. Hintergrund sei ein Personalwechsel in der DBB-Landesvertretung, bei dem Elke Schwabl von Johanna Mieder abgelöst worden sei. Infolgedessen habe Elke Schwabl ihre Mitgliedschaft im SWR-Rundfunkrat niedergelegt. Frau Mieder habe sich bereit erklärt, für das Amt zu kandidieren und sei in geheimer Wahl einstimmig gewählt worden.

Frau Fiebig habe anschließend über die Strukturüberlegungen im SWR informiert und anhand des Beispiels von SWR 4 erläutert, wie ein Transformationsprozess evaluiert werden könne und inwieweit dies für weitere Veränderungsprozesse hilfreich sein könnte.

Anschließend sei der Reformstaatsvertragsentwurf sowie der Entwurf des rheinland-pfälzischen Medienstaatsvertrags lebhaft diskutiert worden. Der Reformstaatsvertragsentwurf auf Bundesebene sei dabei eher in den Hintergrund gerückt, da er bereits in den vergangenen Monaten in den Gremien behandelt worden sei. Es sei erneut betont worden, dass die mögliche Verschärfung bei der sogenannten Presseähnlichkeit mit Nachdruck abgelehnt werde. Betont worden sei die besondere Relevanz, jungen Menschen öffentlich-rechtliche Angebote zur Verfügung zu stellen, um ein fundiertes und seriöses Gegengewicht zu privaten Plattformen wie Meta, Google und TikTok zu gewährleisten.

Im Vordergrund der Gespräche habe vor allem der Medienstaatsvertrag gestanden.

**Frau Dr. Pieper** habe einen Überblick über die geplanten Änderungen zum SWR-StV gegeben, wonach künftig die bisherige Form der Landessenderdirektionen entfallen und die Landesrundfunkräte in Landesprogrammausschüsse umgewandelt sowie die Gremien verkleinert würden.

Im Weiteren sei über die Wahl der Weinkönigin im SWR gesprochen worden, eine lineare Sendung, die von Frau Lenz beobachtet worden sei. Sie habe die Sendung als eine ansprechende Show beschrieben, in der zwölf junge Frauen aus den unterschiedlichen Weingebieten mitwirkten, was ihrer Meinung nach eine hervorragende Werbung insbesondere auch für das Weinland Rheinland-Pfalz dargestellt habe.

In diesem Kontext sei die Frage aufgekommen, ob die Thematik des Alkohols ebenfalls kritisch behandelt werde. Es sei vorgeschlagen worden, eine begleitende Triggerwarnung im Internet zu integrieren, die auf Risiken übermäßigen Alkoholkonsums hinweise.

Herr Hoch, der Abteilungsleiter, habe diesen Vorschlag aufgenommen.

Zudem sei darauf hingewiesen worden, dass noch nicht alle Gremienmitglieder mit dem Leitfaden zur Programmebeobachtung vertraut seien, obwohl dieser eine erhebliche Arbeitserleichterung und einheitliche Kriterien zur Beurteilung eines Formats biete.

Die Programmebeobachtung im März, ein neues Format unter dem Titel „360°“ welches auf YouTube-Kanal von SWR Aktuell zu finden sei, übernehme Herr Nohr. Im Anschluss an diese Themen habe Frau Blatzheim-Roegler, die an der Mosel wohne, darum gebeten, künftig bei Meldungen zu Hochwasserereignissen auch Informationen über den Rückgang des Hochwassers zu veröffentlichen. Dies sei wichtig, da eine einseitige Berichterstattung Auswirkungen auf den Tourismus in der Region haben könne.

## **TOP 6 Bericht der Landessenderdirektorin und Aussprache**

Die **Landessenderdirektorin** erläutert, dass die angesprochenen medienpolitischen Entwicklungen entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft darstellen könnten. Sie hebt hervor, dass der SWR nicht alle Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz unterstützen könne. Insbesondere die stärkere Regulierung von Textveröffentlichungen im Internet, die einen strengen Bezug zu Sendungen voraussetzen solle, erscheine nicht zeitgemäß und unzureichend, um den heutigen Herausforderungen gerecht zu werden. Diese Regelung könne die journalistische Arbeit bürokratisieren, die Flexibilität einschränken und die Vielfalt an Themen, insbesondere aus den Regionen, verringern.

Anschließend betont sie, dass das Jahr 2024 als „Jahr der Nachricht“ weiterhin im Zeichen der vertrauenswürdigen Information und des gemeinsamen Engagements von öffentlich-rechtlichen und privaten Medienanbietern stehe. Dieses Miteinander sei eine wichtige Grundlage für eine demokratische Gesellschaft. Ein funktionierendes Miteinander zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Medienanbietern sei im Sinne eines verlässlichen Journalismus´ und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, besonders angesichts der Konkurrenz durch internationale Plattformanbieter.

Als wesentliches Element für eine starke Rolle der Medien in der Demokratie bewertet Frau Fiebig Formen des Dialogs, insbesondere auch mit jüngeren Menschen.

Der ÖRR habe ihres Erachtens hier einen gesellschaftlichen und nicht nur einen programmlichen Auftrag zu erfüllen.

Im Weiteren berichtet **Frau Fiebig** mit Blick auf den genannten Punkt, dass vergangene Woche in der Landessenderdirektion Rheinland-Pfalz im Rahmen eines 3-teiligen Jugendschwerpunkts ein Austausch mit jungen Menschen aus Rheinland-Pfalz stattgefunden habe. Dabei sei bewusst nicht über, sondern mit den jungen Menschen gesprochen worden.

Der Talk, der live gestreamt und später im SWR ausgestrahlt wurde, zeichnete sich dadurch aus, dass nicht alles sofort kommentiert, sondern auch manches unkommentiert stehen gelassen worden sei. Es gehe darum, die junge Generation besser zu verstehen, was auch der Fokus des zweiten Teils des Jugendschwerpunkts gewesen sei. Dort seien Entscheider und Reporter aus verschiedenen Programmbereichen zusammengekommen, um die gewonnenen Erkenntnisse in Bezug auf die journalistische Arbeit zu reflektieren. Es sei auch die Bedeutung einer Jung-Alt-Perspektive im journalistischen Arbeiten thematisiert worden, zum Beispiel bei der Planung von Kernangeboten.

Die Landessenderdirektion habe zwar nicht primär die Aufgabe als hip und cool wahrgenommen zu werden, dennoch versuche man online eine jüngere Zielgruppe mit maßgeschneiderten Formaten zu erreichen und vielmehr noch Perspektiven sowohl der jüngeren Generationen wie die der Älteren miteinander in eine Verbindung zu bringen und so die Perspektivvielfalt und die Verständigung der Generationen untereinander zu stärken.

Der dritte Teil des Jugendschwerpunkts, ein programmlicher Schwerpunkt inkl. einer Doku zum Thema, sei für den 5. Dezember geplant. Dazu sei eine repräsentative Erhebung unter 500 Personen im Alter von 16 bis 29 Jahren initiiert worden. Gefragt worden sei nach Sorgen, Hoffnungen, Zufriedenheit und Werten sowie danach, welche Probleme vorrangig gelöst werden müssten.

Bei den ersten beiden Veranstaltungen hätten die Jugendlichen vor allem über Themen wie Gerechtigkeit und Teilhabe, Umwelt und Klima, das Bildungssystem, Gesundheit, Kriege und Krisen, Demokratie und Wahlen sowie über die Medien gesprochen. Diese Erkenntnisse würden nun ausgewertet und in die zukünftige Arbeit einfließen. Auch die erhaltenen Hinweise würden berücksichtigt, um gegebenenfalls Lösungen für bestimmte Probleme zu finden, beispielsweise für ein besseres Textverständnis.

Abschließend berichtet die **Landessenderdirektorin**, dass ein übergreifendes Recherchenetzwerk in den Studios eingerichtet worden sei, um die regionale Information zu stärken. Zudem sei SWR aktuell seit nunmehr 10 Jahren um 19:30 Uhr für 30 Minuten auf Sendung und weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Berichterstattung aus Rheinland-Pfalz. Die Landesschau werde weiterhin optimiert, insbesondere in der 75-minütigen Sendestrecke, und sende seit Montag mit einem veränderten Konzept.

#### Aussprache:

Auf Nachfrage wird erläutert, dass sich die Jugendlichen für die Teilnahme des

Workshops im Rahmen des Jugendschwerpunkts online hätten bewerben können und anschließend eine Auswahl getroffen worden sei. Dies habe zwar gut funktioniert, dennoch sei man zusätzlich gezielt auf Verbände zugegangen, um auf das Angebot aufmerksam zu machen. **Frau Fiebig** fügt hinzu, dass es oft weniger das Problem sei, die Jugendlichen zu finden. Vielmehr sei es so, dass diese häufig skeptisch seien, ob ein Gespräch mit dem SWR für sie überhaupt einen Mehrwert bieten würde.

**Frau Wambsganß** fragt, inwieweit es Kriterien für die Auswahl der Jugendlichen gegeben hätte. **Frau Mellino** erläutert, dass das Kriterium für die Teilnahme das Alter gewesen sei. Ansonsten habe es keine inhaltlichen Kriterien gegeben, sondern vielmehr ein Interesse an der Arbeit des SWR und an der Teilnahme des Workshops, der vor der Aufzeichnung der Veranstaltung stattgefunden habe. Zudem habe man in den Regionen und in den Studios Werbung gemacht.

**Frau Wüst** merkt an, dass oft der Eindruck erweckt werde, die junge Generation lasse sich lediglich von Algorithmen auf TikTok treiben, was jedoch nicht der Wahrheit entspreche. Vielmehr bestünde ein Bedürfnis nach guter Information und dem Gefühl, dass die genutzten Quellen seriös und verlässlich seien. Dabei sei es sehr wichtig, dass keine Konkurrenzsituation auf dem Medienmarkt entstehe, sondern dass ein konstruktiver Schulterschluss gefunden werde, der dieser Generation zugutekomme. Zudem wünscht sie sich mehr über das angesprochene Recherchenetzwerk zu erfahren.

**Frau Mellino** führt aus, dass in den Studios ein Konzept zur Bündelung von Ressourcen entwickelt worden sei, mit dem Ziel, Themen proaktiv und ohne zusätzliche Ressourcenzuweisung zu bearbeiten. In jedem Studio werde wochenweise wechselnd ein Kollege in einen sogenannten Reporterpool aufgenommen. Diese Mitarbeiter würden gemeinsam an ausgewählten Themen arbeiten, die in Zusammenarbeit mit einem CVD priorisiert und vertieft würden. Ein Kriterium für die Themenwahl sei, dass diese in mindestens zwei Regionen von Relevanz seien. Der Pilotbetrieb, der auf sechs Monate angelegt sei, solle dazu dienen, die Zusammenarbeit, die Themenfindung und den Output zu evaluieren. Erste Rückmeldungen aus den Studios deuteten auf positive Ergebnisse hin, da die Mitarbeitenden die Möglichkeit, intensiver an Themen zu arbeiten, schätzten. **Frau Fiebig** ergänzt, dass mit dieser Maßnahme auch der Qualitätsstandard erhöht werde, da den Kollegen in den Studios die Möglichkeit gegeben werde, sich mit neuen Themen und Rechercheformen auseinanderzusetzen. Diese seien bisher vor allem von der Aktualität getrieben gewesen, was oft wenig Raum für vertiefte Auseinandersetzungen gelassen habe. Durch das neue Konzept hätten die Mitarbeitenden nun die Chance, ihre Erfahrungen in anderen Recherchemethoden zu erweitern.

## **TOP 7 Haushaltsplanentwurf 2025**

**Frau Wingertszahn** erklärt, dass nun die Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2025 anstehe. Sie verweist auf die Vorgaben des SWR-Staatsvertrags zum Ablauf der Beratungen, sodass der Haushaltsplanentwurf von den Landesrundfunkräten

beraten, vom Verwaltungsrat festgelegt und vom Rundfunkrat genehmigt werde. Der Haushaltsplanentwurf sei den Gremien am 29. Oktober 2024 zugegangen.

#### Bericht des Intendanten

**Herr Prof. Gniffke** berichtet, dass der Haushaltsplan für 2025 das erste Jahr der neuen Beitragsperiode darstelle. Der darin zugrunde liegende Rundfunkbeitrag von 18,94 Euro sei aufgrund der Empfehlung der KEF festgelegt worden. Diese Empfehlung habe jedoch nicht ausschließlich Freude ausgelöst, da die Beitragserhöhung damit nur rund 0,8% p. a. entspreche, was in Anbetracht der aktuellen Inflationsraten ein spürbares Delta verursache. Dies mache Einsparungen notwendig. Man habe darauf gesetzt, dass bis zur vergangenen Ministerpräsidentenkonferenz eine klare Entscheidung hinsichtlich des Finanzierungsstaatsvertrags falle, dies sei jedoch nicht geschehen.

Stattdessen werde nun ein neues Verfahren zur Beitragserhebung diskutiert, das möglicherweise ab 2026 in Kraft treten könnte.

Der **Intendant** hebt hervor, dass er grundsätzlich für Kompromisse offen sei, jedoch nicht bei der Einhaltung von Rechtstreue. Es werde weiterhin davon ausgegangen, dass das Recht und die gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland Bestand hätten. Aus diesem Grund basiere der Haushaltsplan 2025 nach wie vor auf der Zahl von 18,94 Euro.

Er dankt ausdrücklich der Verwaltungsdirektion und der Hauptabteilung Finanzen, welche trotz der ungewissen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und steigenden Kosten, einen gut durchdachten Haushaltsplan aufgestellt habe.

Er erklärt, dass die Geschäftsleitung fest entschlossen sei, trotz der schwierigen finanziellen Lage den Transformationsprozess zu einem digitalen Medienhaus konsequent fortzusetzen. Dies bedeute, dass man auch bereit sei, bestimmte Bereiche zu reduzieren, um Platz für zukunftsweisende Technologien wie Künstliche Intelligenz zu schaffen. Anstatt passiv abzuwarten, wolle man die Entwicklung aktiv gestalten und die Mitarbeiter entsprechend ausbilden.

#### Erläuterungen des Verwaltungsdirektors (Anlage)

Bevor **Herr Büttner** mit seinen Erläuterungen zum Haushaltsplan 2025 beginnt, weist er darauf, dass der Rundfunkbeitrag in Deutschland inflationsbereinigt sogar günstiger geworden sei. Von einer „Kostenexplosion“, wie sie von einigen Politikern dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorgehalten werde, könne überhaupt keine Rede sein. Er bezieht sich dabei ausdrücklich auf Herrn Prof. Detzel, den Vorsitzenden der KEF, der öffentlich erklärt habe, dass auch mit der aktuellen KEF-Empfehlung und einer Anhebung des Beitrags auf 18,94 Euro lediglich eine nominelle jährliche Steigerung über einen Zeitraum von 20 Jahren hinweg von lediglich 0,26 Prozent zu konstatieren sei. Dies habe mit den tatsächlichen Inflationsraten nichts zu tun. Wäre der Rundfunkbeitrag seit 2009 lediglich an die Inflation angepasst worden, läge er heute bei 24 bis 25 Euro pro Monat. Von daher, so Herr Büttner, habe man auch im SWR schon seit Jahren fortgesetzte Kaufkraftverluste aus eigener Kraft auffangen müssen.

Der **Verwaltungsdirektor** betont, dass der vorgelegte Haushaltsplan in mehrfacher

Hinsicht ein neues Kapitel aufschlage. Zum einen sei der ARD-Vorsitz nun beendet, weshalb die dafür aufgebauten Strukturen nun wieder zurückgeführt würden. Vor allem aber markiere das Jahr 2025 den Beginn der neuen Beitragsperiode, die bis 2028 andauere. Grundlage für die aktuelle Planung sei der 24. KEF-Bericht, der den Finanzbedarf der kommenden Beitragsperiode beschreibe. Dabei seien bereits Kürzungen in Höhe von zwei Dritteln der ursprünglichen Anmeldung berücksichtigt worden, was für den SWR und andere Rundfunkanstalten eine erhebliche Herausforderung darstelle. Obwohl also der Rundfunkbeitrag von 18,94 Euro, wie von der KEF empfohlen, die gesetzliche und verfassungsrechtliche Basis für die Planung bilde, werde für das Haushaltsjahr 2025 ein negatives operatives Ergebnis in Höhe von

-56,4 Millionen Euro erwartet. Das negative Ergebnis könne durch die zuvor erwirtschafteten Eigenmittel ausgeglichen werden, die weiterhin auch für den strategischen Umbau und die Transformation des SWR eingesetzt würden. **Herr Büttner** hebt hervor, dass trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen die Transformationsstrategie konsequent fortgeführt werde. Diese Strategie habe der SWR mit Unterstützung des Verwaltungsrats über die vergangenen Jahre verfolgt und werde sie auch mit dem Haushaltsplan 2025 fortsetzen.

#### Umstellung auf SAP S/4HANA

**Herr Büttner** erklärt, dass der Haushaltsplan 2025 zudem der erste sei, der nach der Systematik des neuen SAP-Systems erstellt werde. Zum 1. Januar 2025 erfolge die Überführung in SAP S/4HANA, wodurch der SWR Teil des neuen, ARD-einheitlichen IT-Systems werde. Durch die angestrebte Harmonisierung innerhalb der ARD ergäben sich auch Änderungen in der Darstellung des Haushaltsplans.

Außerdem werde im Haushaltsplan ein neuer Bereich eingeführt: Die GSEA (SWR-Anteile) erhielten wie die Übergreifenden Aufgaben einen eigenen Nummernkreis und würden im Haushaltsplan als eigene Rubrik angezeigt. Zudem würden viele Deckungszusagen, die bislang unterjährig zwischen den Direktionen gegeben wurden, nun dauerhaft überstellt.

#### Transformationsmittel

Der Haushaltsplan 2025 stelle flexible Mittel in Höhe von 49 Millionen Euro für gezielte Innovationen und den strategischen Umbau bereit. Dieser Betrag sei Teil der mittelfristigen Finanzplanung für die gesamte Beitragsperiode von vier Jahren, um mehr Spielräume für Anpassungen zu schaffen. Die Mittel würden auf verschiedene Bereiche verteilt. Ein Teil werde in Leuchtturmprojekte wie z.B die fünfte Staffel von Babylon Berlin fließen, ein anderer werde dem technischen Entwicklungsprojekt zugutekommen. Im Rahmen dieses Projektes wolle man die technische Infrastruktur der ARD bündeln und allen Landesrundfunkanstalten die Nutzung der gemeinsamen Struktur ermöglichen. Zur Finanzierung habe die ARD das Projekt bei der KEF mit einem Finanzbedarf von 328 Millionen Euro angemeldet, jedoch seien diese Mittel nicht genehmigt worden. Da die Umsetzung des Projekts als zwingend notwendig erachtet werde, plane die ARD dennoch, geschätzte 200 Millionen Euro zu investieren. Der SWR wolle sich mit ca. 10 Mio. € pro Jahr und an 4 Projekten als

Federführer beteiligen. Zudem werde der SWR an drei weiteren Projekten unterstützend als Juniorpartner mitarbeiten.

Im Weiteren kommt der **Verwaltungsdirektor** auf den programmlichen Umbau und die Reformprozessmittel zu sprechen. Man plane im Haushalt 2025 15 Mio. € im Nettobudget und 5 Mio. € im Investitionsbudget ein. Dies solle wichtige Impulse setzen, um die Infrastruktur, die Produktion, die Arbeitsformen sowie die Workflows zu modernisieren und die Digitalisierung auch in den Verwaltungsbereichen voranzutreiben.

Er betone, dass jeglicher Umbau zunächst Mehraufwand erfordere, bevor später die erwarteten Vorteile realisiert werden könnten. Zu diesen anfänglichen Belastungen zählten auch sogenannte Remanenzkosten.

Ein weiterer zentraler Aspekt sei die Nachhaltigkeit. So plane der SWR, Photovoltaikanlagen auf möglichst vielen seiner Gebäudedächer zu installieren. Ein weiterer Teil des Entwicklungsprojekts sei zudem die ARD-Reformagenda, in deren Rahmen der SWR nach dem „Einer-für-Alle-Prinzip“ bestimmte Aufgaben übernehme. So beteilige sich der SWR an den Kompetenzzentren Verbraucher, Klima und Wissen, Bildung, Schule sowie weiterhin an den Kooperationen Kochen/Kulinarik und junge Angebote. Im Rahmen der Kompetenzfelder könnten Zwischenfinanzierungskosten sowie Remanenzkosten anfallen. 11 Mio. € würden zudem erneut per Deckungszusage in die Digitale Transformation fließen.

## Finanzen

**Herr Büttner** berichtet, dass in den Jahren 2020 und 2021 der Höchststand der Eigenmittel erreicht worden sei. Diese Liquidität sei das Ergebnis eines zehnjährigen rigorosen Einspar- und Umbauprozesses gewesen. Dadurch habe man eine finanzielle Reserve geschaffen, um die Transformation voranzutreiben.

Dazu gehöre in der Folge nun auch die strategisch-orientierte, systematische Verausgabung der Eigenmittel, die bis zum Ende der kommenden Beitragsperiode vollständig abgebaut werden sollten.

Auch im Jahr 2025 solle dieser Kurs konsequent verfolgt werden, indem die Eigenmittel weiterhin für den Umbau genutzt würden, wodurch die Kontinuität zur Haushaltsplanung der vorangegangenen Beitragsperiode gewahrt bleibe. Zu diesen Eigenmitteln zählten auch die verwendbaren Beitragsmehrerträge.

**Der Verwaltungsdirektor** erklärt, dass für die neue Beitragsperiode Rücklagen gebildet werden mussten, die sich aus den zusätzlichen Beitragserträgen der laufenden Periode (Beitragsmehrerträge im Vergleich zum 23. KEF-Bericht) sowie den Mittelsperren (17 Mio. €) des 23. KEF-Berichts zusammensetzen würden. Diese Rücklagen seien nach den Verabredungen mit der KEF nicht in Form einer zusätzlichen Beitragsrücklage, sondern als Eigenmittel zurückzulegen. Am Ende der ablaufenden Beitragsperiode, also zum Jahresende 2024, sollten mindestens die Eigenmittel in Höhe der Beitragsmehrerträge verbleiben. Diese Eigenmittel seien bereits in die Finanzbedarfsermittlung der KEF im 24. Bericht eingeflossen und entlastend im Finanzbedarf für die Jahre 2025-2028 berücksichtigt. Derzeit werde, basierend auf der KEF-Empfehlung von 18,94 €, mit Beitragsmehrerträgen zu Ende 2024 von

etwa 100 Mio. € gerechnet.

Mit Blick auf die weiteren Ertragspositionen erläutert Herr Büttner, die Zinserträge gingen leicht zurück, weil die Finanzanlagen aufgrund der steigenden Renteneintritte und der damit verbundenen Auszahlungsphase reduziert würden. Der Rückgang der Erträge aus Gewinnausschüttungen und Beteiligungen ergebe sich aus dem erwarteten Umsatzrückgang im Bereich der Werbung. Ein großer Ertragszuwachs hingegen sei bei den Kostenerstattungen von anderen Rundfunkanstalten zu vermerken, was vor allem auf die GSEA ARD-Online zurückzuführen sei, wobei diesen Erträgen dann auch entsprechende Aufwendungen gegenüber stünden. Der Rückgang der Erträge bei Werbung und Sponsoring sei vor allem dem geschuldet, dass anders als 2024 im Jahr 2025 keine Sportgroßveranstaltungen geplant seien. Die Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens würden jedes Jahr schwanken und man verzeichne im Haushalt 2025 einen Ausschlag nach oben.

Auf Aufwandsseite würden die Aufwendungen des Finanzausgleichs im Jahr 2025 um 2,1 Millionen Euro über denen des Vorjahres liegen, was unter anderem auf die neue Vereinbarung zum Finanzausgleich der Landesrundfunkanstalten zurückzuführen sei. Es sei erfreulich, dass hier trotz schwieriger Rahmenbedingungen eine Einigung in der ARD erzielt worden sei.

**Herr Büttner** betont, dass bei den Energiekosten ein leichter Rückgang zu verzeichnen sei, der vor allem auf den Wegfall der EEG-Umlage sowie auf laufende Energieeinsparungs- und Energieeffizienzmaßnahmen zurückzuführen sei. Man arbeite kontinuierlich daran, die Effizienz zu steigern und den Stromverbrauch zu optimieren, während gleichzeitig versucht werde, den Energiepreiserhöhungen entgegenzuwirken.

Der Ansatz für verschiedene Fremdleistungen falle deutlich höher aus als im Vorjahr. Dabei werde jedoch nicht mehr Geld ausgegeben als früher. Durch den Umstieg auf SAP S/4HANA würden in diesem Titel nun zusätzliche Sachverhalte eingeplant, die zuvor an anderer Stelle veranschlagt worden seien. Die Abschreibungen würden zudem um 11,5 Mio. € höher ausfallen als im Vorjahr. Diese Aufwendungen seien abhängig von dem Umfang und dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Anlagen. Dies betreffe unter anderem den Neubau in Tübingen sowie die neue SAP-Software. Erstmals sei auch der Neubau in Baden-Baden mit einer vollen Jahresrate in den Abschreibungen enthalten.

Der Ansatz für die produktionsbezogenen Fremdleistungen liege etwa 10 Mio. € über dem Vorjahresplan, was vor allem darauf zurückzuführen sei, dass ein Teil der zusätzlichen Mittel für den Reformprozess an dieser Stelle eingeplant würden.

Im Bereich der Urheberleistungs- und Herstellervergütungen sei ein Rückgang von etwa 25 Millionen im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Dies liege vor allem am Wegfall des Pitchingetats sowie an Einsparungen aus dem Einspar- und Reformprozess.

Bei der Altersversorgung sei ein Rückgang von etwa 37 Millionen zu verzeichnen. Auf den Personalaufwand, welcher 5,8 Mio. € höher angesetzt sei als im laufenden Jahr, würden die aktuellen Tarifverhandlungen einwirken.

Ziel sei es noch in diesem Jahr zu einer Einigung zu kommen. Die KEF-

Steigerungsraten seien jedoch bereits berücksichtigt, da sie den Rahmen für die Personalplanung wie für die Tarifverhandlungen vorgeben würden. Zusätzlich werde weiterhin ein Abbau von Planstellen notwendig sein. Insgesamt führe dies zu einem Abbau von 52 Planstellen im neuen Haushaltsjahr.

Abschließend verweist der **Verwaltungsdirektor** auf den in der Präsentation dargestellten Überblick der Nettobudgets und übergibt das Wort an die **Landessenderdirektorin. Frau Fiebig** erläutert, dass das Netto-Budget der Landessenderdirektion Rheinland-Pfalz für 2025 bei ca. 40,6 Millionen Euro liege, 800.000 Euro weniger als im Vorjahr. Mit dem Personaletat betrage der Gesamtansatz 62,9 Millionen Euro, rund eine Million weniger. Sie betont, dass 92 Prozent des Nettobudgets der Landessenderdirektion Rheinland-Pfalz für Personal vorgesehen seien, was die geringe Flexibilität bei Einsparungen erkläre. Die Eckwerksteigerungen von etwa 980.000 Euro würden 2025 zu Etatsteigerungen in den Hauptabteilungen führen. In Sachen Einsparungen betont sie, dass SWR4 den größten Anteil im Rahmen des SWR-Einspar- und Reformprozesses ausmache. Das Veränderungsprojekt stelle programmlich und personell die größte Herausforderung für den Landessender dar. Zudem habe man beschlossen, auf die Übertragung bestimmter Umzüge bzw. öffentlicher Veranstaltungen zu verzichten. Außerdem werde der Sportetat um 15 Prozent gekürzt.

Der Direktionsetat der Landessenderdirektion betrage 1,69 Mio. €. In dem Etat sei auch die deutsche Radiophilharmonie enthalten, die im Haushaltplan 2025 10.000 € weniger zur Verfügung habe als im Vorjahr.

Die Hauptabteilung Info, Aktuelles und Radio verzeichne den größten Etat mit ca. 18,85 Mio. €. Davon entfalle etwa die Hälfte auf die Abteilung Multimediale Aktualität. Für die landespolitische Berichterstattung würden 1,6 Millionen Euro bereitgestellt. Zudem erhalte die Landessenderdirektion 550.000 Euro für die Bundestagswahlen 2025, von denen 250.000 Euro für die Online-Berichterstattung bei SWR Aktuell Online vorgesehen seien.

Zu den geplanten Projekten in der Hauptabteilung Info, Aktuelles und Radio gehöre unter anderem die Einführung der Doppelmoderation bei SWR 1 am Morgen ab Januar mit den Duos Claudia Deeg und Christian Balsler sowie Michael Lueg und Steffi Stronczyk. Außerdem solle das Format SWR Aktuell 360 Grad, das speziell für YouTube entwickelt worden sei, fortgeführt werden. Dieses ziele darauf ab, verschiedene Perspektiven auf relevante Themen zu beleuchten, mit Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen und deren Meinungen einzubinden.

Ebenfalls geplant sei eine 45-minütige Presenter-Dokumentation mit Sascha Becker zum Thema Corona. Außerdem sei ein Bildungspodcast über die Gräfenau Schule in Ludwigshafen vorgesehen. Dieser solle die Ursachen für die hohe Zahl an wiederholten Schuljahren in den ersten Klassen untersuchen.

Die Hauptabteilung Land und Leute verfüge 2025 über ein Budget von 11,53 Millionen Euro. Der Großteil des Budgets falle auf die Abteilung regionale Information und Landeskunde, die vor allem für die Landesschau zuständig sei. Ein besonderer

Fokus der Hauptabteilung liege 2025 auf dem Rheinland-Pfalz-Tag, der vom 23. bis 25. Mai in Neustadt an der Weinstraße geplant sei. Ein weiteres Highlight sei die ARD Roomtour, ein Format, das mittlerweile bundesweit von anderen Landesrundfunkanstalten adaptiert werde und auch im linearen Programm zweitverwertet werden könne. Für Mai 2025 sei zudem eine Heimatwoche in Bernkastel-Wittlich angekündigt, bei der auch intensiv mit der Hauptabteilung Kommunikation zusammengearbeitet werde. Ziel sei es, mit den Menschen vor Ort in den Dialog zu treten, zu diskutieren und Sichtbarkeit zu schaffen.

Die Hauptabteilung Zentrale Entwicklung und Regionen Rheinland-Pfalz verfüge über einen Etat von 8,07 Millionen Euro. Die angesprochenen Mittel für die digitale Transformation würden hauptsächlich hier eingesetzt, da eine Abteilung Entwicklung und digitale Projekte verantworten würde. Auch alle Regionalstudios und -büros in Rheinland-Pfalz würden von dieser Hauptabteilung geleitet. Als Projekte seien unter anderem ein Nürburgring-Podcast geplant, der die Geschichte des Rings aus sportlicher, politischer und gesellschaftlicher Perspektive beleuchte sowie das Format SWR aktuell vor Ort, das vor allem bei aktuellen, regionalen Themen, wie zuletzt an der Ahr, erfolgreich umgesetzt worden sei. Zudem werde das Demokratieforum nun in der Hauptabteilung Zentrale Entwicklung und Regionen Rheinland-Pfalz verantwortet. Man plane auch im kommenden Jahr fünf Ausgaben mehrheitlich auf dem Hambacher Schloss zu produzieren.

Abschließend wirft die Landessenderdirektorin einen Blick auf die strategische Ebene und betont, dass die Direktion sich strategisch auf die Umschichtung von linearen zu non-linearen Formaten fokussiere. Eine interne Systematik solle dabei helfen, Budgets effektiver einzusetzen, um digitale Angebote und Reichweiten zu erhöhen.

#### Aussprache:

**Frau Obermann** möchte wissen, wie hoch die Einsparung für die Landessenderdirektion prozentual sei und wie viel die anderen Programmdirektionen, prozentual einsparen würden. Die **Landessenderdirektorin** betont, dass im Rahmen des SWR-weiten Einsparprozesses, je nach Direktionsgröße ein entsprechender prozentualer Anteil einzusparen sei. **Herr Prof. Gniffke** ergänzt, dass man ursprünglich mit einem 100-Millionen-Euro-Prozess begonnen habe. Daraufhin seien die Quoten entsprechend verteilt worden. Im weiteren Verlauf habe man jedoch beschlossen, dass Beton vor Programm spare und man die Programmdirektionen in der Last reduziere. **Frau Barth** führt weiter aus, dass die Basis für die Einsparungen das Nettobudget, der Personaletat und die ABKs (Produktionsleistungen) seien. Diese drei Töpfe würden die Grundlage bilden, in denen Einsparungen vorgenommen werden könnten.

**Frau Ganster** betont, dass die vorgestellten Einsparmaßnahmen sinnvoll und erforderlich seien. Sie wolle zudem wissen, mit wie vielen zusätzlichen Personen für den Bereich künstliche Intelligenz geplant werde. **Der Intendant** erklärt, dass für den von der Geschäftsleitung beschlossene KI-Hub insgesamt 24 FTEs eingeplant seien. Davon würden jedoch nur elf zusätzlich ins Haus kommen, während die

anderen Stellen durch interne Umschichtungen bereitgestellt würden.

**Frau Blatzheim-Roegler** erkundigt sich über die Anforderungen der Planstellen, welche für die GSEA ARD Online eingeplant seien, und frage sich, ob der Arbeitsmarkt ausreichend qualifiziertes Personal für diese Positionen bereithalte.

**Herr Büttner** erläutert, dass der Personalbestand der Gemeinschaftseinrichtung ARD Online mit Sitz in Mainz stetig aufgebaut werde.

2022 habe es dort noch 34,5 Planstellen gegeben, im laufenden Haushaltsjahr seien bereits 106. 2025 würden zudem zwei weitere hinzukommen. Es sei ein gemeinschaftliches Anliegen der ARD, die fünf großen Onlinevorhaben („Big Five“) zu stärken.

Er erklärt, dass zusätzliches Personal für die technische Entwicklung eingeplant werde, was besonders herausfordernd sei, da die ARD im Vergleich zu Tech-Unternehmen nicht mit deren Gehältern mithalten könne. Zudem werde Personal für die redaktionelle Betreuung von ARD-Mediathek und ARD-Audiothek (Channelmanagement) benötigt. Außerdem werde man Personal für die weitere Entwicklung der ARD Audiothek bereitstellen. Ein weiteres wichtiges Kompetenzfeld sei außerdem das Partnermanagement für Social Media. Die Festanstellungen würden ab 2025 entfristet.

**Frau Blatzheim-Roegler** möchte wissen, ob der Personalhaushalt auch die Pensionszahlungen enthalte. **Frau Barth** erklärt, die Altersversorgung sei im übergreifenden Bereich veranschlagt und nicht im Personalaufwand der Direktionen enthalten.

**Frau Wambsganß** erkundigt sich, ob es einen Plan B gebe, sollte sich die Beitragserhöhung weiter hinziehen und sich das Defizit auch auf den nächsten Haushalt (2026) auswirken. Der **Verwaltungsdirektor** führt aus, dass angesichts dieser Ungewissheiten im Verwaltungsrat im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung verabredet worden sei, sich nicht bloß auf das Haushaltsjahr 2025 zu fokussieren, sondern finanzstrategisch die vierjährige Periode als Ganzes in den Blick zu nehmen. Obwohl bereits recht früh klar gewesen sei, dass man nicht mehr auf eine pünktliche Beitragsanpassung hoffen dürfe, betont **Herr Büttner**, gebe es aus Sicht des SWR doch unzweifelhaft einen gerechtfertigten Anspruch darauf, dass die KEF-Empfehlung verfassungsgemäß umgesetzt werde. Entsprechend habe er auch die klare Erwartung, dass eine verzögerte Beitragsanpassung entsprechende Kompensationsansprüche von ARD und ZDF nach sich ziehe.

**Herr Tüchter** fragt, ob es Pläne gebe, die Einsparungen auch öffentlich transparent zu machen, da in seinem Umfeld vor allem die andere Seite zu hören sei, die weiterhin von einer „Kostenexplosion“ spreche und die Einsparungen nicht ausreichend anerkenne. **Herr Büttner** betont, dass obwohl Herr Prof. Detzel, Vorsitzender der KEF, die Dringlichkeit der Beitragserhöhung öffentlich klargemacht habe, diese Aussagen zu wenig beachtet bzw. verbreitet würden. Dies sei übrigens auch beim KEF-Sonderbericht der Fall, der von der Presse weitgehend ignoriert worden sei. Der **Verwaltungsdirektor** erinnert daran, dass im 24. KEF-Bericht im Vorwort ein Satz stehe, der in keinem früheren Bericht zu finden gewesen sei. Darin heiße es sinngemäß, dass die Rundfunkanstalten ab 2025 Anspruch auf genau diese

Anpassung des Rundfunkbeitrags auf 18,94 Euro hätten - und falls sie diese nicht erhielten, die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags gefährdet sei.

**Herr Prof. Gniffke** ergänzt, dass auch wenn er in zahlreichen Interviews auf die angespannte Situation und bestehende Reform- und Einsparprozesse verweise, leider nicht genug durchdringe.

Zudem möchte **Herr Tüchter** wissen, ob es aufgrund der aktuellen Unsicherheiten und der finanziellen Lage möglicherweise dazu kommen könne, dass auf den Neubau in Mainz verzichtet werde. **Herr Büttner** stellt klar, dass trotz des Mottos „Beton spart vor Programm“ weiterhin in Mainz gebaut werde. Für das geplante Aktualitätshaus seien im Haushaltsplan 2025 insgesamt 6 Millionen Euro vorgesehen, ein wesentlicher Teil der 11 Millionen Euro für Investitionen im Gebäudebereich. Ziel sei ein modernes Medienhaus, das multimediale Redaktionsarbeit ermögliche und die Zukunftsfähigkeit sichere.

**Frau Wüst** fragt welche Konsequenzen die Einzugsumstellung in Jahr 2013 für die Höhe des Rundfunkbeitrags gehabt hätte. **Herr Büttner** führt aus, dass die Umstellung vom gerätegebundenen Gebührensystem auf den Rundfunkbeitrag eine essenzielle Entscheidung gewesen sei, die die finanzielle Stabilität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesichert habe. Das alte System sei nicht mehr zeitgemäß gewesen und habe zu einer kontinuierlichen Gebührenerosion geführt.

Der Rundfunkbeitrag funktioniere hingegen sehr gut und generiere Beitragsmehrerträge, wenn die Zahl der Wohnungen in Deutschland steige. Allerdings könnten diese Mehrerträge von den Anstalten nicht frei verwendet werden. Sie müssten gegenüber der KEF nachgewiesen und zur Reduktion des Finanzbedarfs in der nächsten Beitragsperiode eingesetzt werden, was letztlich die Beitragszahler entlaste.

**Frau Wüst** sei zudem bei dem Orchester hängen geblieben und fragt, ob es hinter den Kulissen Diskussionen gegeben habe, denn 12 Orchester für 9 LRAs seien nicht wenig. **Herr Büttner** führt aus, die KEF habe sich in ihrem Sonderbericht auch mit den Klangkörpern befasst und diese als beitragsferne Leistungen eingeordnet. Die KEF argumentiere, dass solche Leistungen, ähnlich wie die Befreiung vom Rundfunkbeitrag, auch durch die öffentliche Hand finanziert werden könnten. Weiterhin habe die KEF mögliche alternative Finanzierungsmodelle geprüft und berechnet, dass der Rundfunkbeitrag um 21 Cent gesenkt werden könnte, wenn für die Klangkörper eine neue Finanzierungsform gefunden würde. Dabei würde es sich jedoch um eine rein theoretische Diskussion handeln, da die Klangkörper beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk gut aufgehoben seien. Es sei wichtig, deutlich zu machen, dass der Rundfunk hier eine Aufgabe für die Gesellschaft übernehme, die oft nicht im Fokus stehe, aber von großer Bedeutung für das kulturelle Leben sei. Die Bezifferung durch die KEF betrachte er dabei als hilfreich, um diesen Beitrag sichtbarer zu machen. **Der Intendant** ergänzt, die Rundfunkkommission der Länder habe in einer Protokollnotiz angeregt, die Finanzierung der Klangkörper zu überdenken. Es sei bemerkenswert, dass dieses Ansinnen von den Ländern selbst komme, während der Rundfunk häufig für vermeintliche Einsparungen bei der Kultur kritisiert werde. Er habe die Ministerpräsidenten darauf hingewiesen, dass eine finanzielle

Beteiligung der Länder notwendig wäre, falls die Klangkörper weiterhin bestehen sollten, da diese nicht Teil des gesetzlichen Auftrags seien. Die Aufrechterhaltung erfolge freiwillig und aus gesellschaftlicher Verantwortung.

Sollten finanzielle Mittel fehlen, müsse man jedoch Aufgaben, die nicht im gesetzlichen Auftrag stünden, möglicherweise abgeben. Der SWR sei stolz auf seine Klangkörper und bemühe sich, deren Bestand zu sichern, könne jedoch keine Garantie für deren dauerhafte Erhaltung geben.

**Frau Wingertszahn** möchte wissen, warum der SWR nicht selbst über Aspekte des Reform-sowie Medienstaatsvertrags berichtet habe. **Frau Fiebig betont**, dass die Journalistinnen und Journalisten des Hauses großen Wert darauf legten, die Berichterstattung über interne Themen sachlich und ohne kampagnenartige Elemente zu gestalten. Grundsätzlich werde eher zurückhaltend über Themen „in eigener Sache“ berichtet.

**Frau Lenz** kommt auf den Abbau der 52 Planstellen zu sprechen. Vor einigen Jahren sei zugesagt worden, 100 Stellen für die Digitalisierung zur Verfügung zu stellen. Das habe zunächst vielversprechend geklungen, jedoch müsse man berücksichtigen, dass dafür an anderer Stelle Stellen gestrichen werden müssten. Es sei damals auch betont worden, dass diese Stellen durch Fluktuation, also nicht sofort, sondern über einen längeren Zeitraum hinweg, entstehen würden.

Sie frage sich nun, wo die 52 Stellen, die letztlich weggefallen seien, konkret ausfielen. **Herr Büttner** führt aus, dass die KEF für alle Rundfunkanstalten, einschließlich des ZDF, eine jährliche Reduzierung von 0,5 % der besetzten Planstellen vorschreibe, was für den SWR rund 17 Planstellen pro Jahr und insgesamt etwa 68 Planstellen über die vierjährige Beitragsperiode bedeute. Diese Vorgabe müsse nachweislich erfüllt werden, andernfalls drohten Abzüge bei der KEF. Die 52 zusätzlichen Planstellen, die abgebaut werden, resultierten jedoch nicht aus dem Ziel einer weiteren Reduktion, sondern aus der Notwendigkeit, ein Potenzial für strukturelle Umschichtungen zu schaffen.

Der Umbauprozess solle insbesondere durch die Festanstellung langjähriger freier Mitarbeiter vorangetrieben werden, die wie Festangestellte tätig seien. Diese Umwandlung werde sozialverträglich erfolgen. Die genaue Aufschlüsselung der 52 Planstellen erfolge wie folgt: 28,5 Planstellen stammten aus dem Prozess „100 FTE“, bei dem die Direktion Technik und Produktion Planstellen zur Kompensation abbauen werde. Weitere 18 Planstellen seien im Rahmen des Einspar- und Reformprozesses vorgesehen, während 25 Planstellen im Haushalt für die Reduzierung eingeplant seien. Schließlich kämen Einsparungen auch aus den ARD-Strukturprojekten, wie dem umfassenden SAP-Projekt, das betriebswirtschaftliche Geschäftsprozesse auf eine neue Softwareplattform überführe.

**Herr Holdinghausen** erkundigt sich, wie die nächsten Schritte zur Umsetzung der KEF-Empfehlung zur Erhöhung des Rundfunkbeitrags geplant seien. Er fragt, ob dieses Thema noch im Rahmen des ARD-Vorsitzes behandelt werde, da die Ministerpräsidenten die Entscheidung auf das Ende des Jahres verschoben hätten, oder

ob Florian Hager ab dem 1. Januar den Gang zum Gericht übernehmen werde. **Herr Prof. Gniffke** stellt klar, dass für ihn die Frage des Beitrags ab dem 1. Januar 2025 noch vollkommen offen sei. Daher müsse die Situation genau geprüft werden, um daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Mehr könne er im Augenblick dazu nicht sagen, da die Lage schwierig sei.

Anschließend stellt **Frau Wingertzahn** fest:

**Der Landesrundfunkrat Rheinland-Pfalz hat gem. § 34 Abs. 2 und § 24 Abs. 3 SWR-Staatsvertrag den ihm vom Intendanten mit Schreiben vom 29. Oktober 2024 übermittelten Haushaltsplanentwurf 2025 fristgerecht beraten.**

## TOP 8 Verschiedenes

**Frau Ganster** fragt, ob es möglich sei, die Sitzungen freitags bereits um 9 Uhr zu beginnen, da ihr wiederholt aufgefallen sei, dass viele Mitglieder bereits früher abreisen müssten.

Das Stimmungsbild ergibt, dass die Mehrheit der Gremienmitglieder nach wie vor für einen Beginn der Landesrundfunkratssitzung um 10 Uhr plädiert.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dankt **Frau Wingertzahn** allen Beteiligten für die engagierte Diskussion sowie die gute Zusammenarbeit, und weist auf die nächste Sitzung des Landesrundfunkrats am 7. März in Mainz hin und beendet die Sitzung.

Stuttgart, 1.1.2024

**gez. Matilda Ewald**

Gremiengeschäftsstelle

**gez. Susanne Wingertzahn**

Vorsitzende SWR Landesrundfunkrat Rheinland-Pfalz